

Anträge 31. Landesparteitag DIE LINKE. bremen

Im folgenden dokumentieren wir die Anträge an den 31. Landesparteitag der LINKEN Bremen am 8. Oktober 2023

Inhaltsverzeichnis

L01	Fortschritt statt Rückschritt, soziale Gerechtigkeit statt sozialer Spaltung!	3
A-01	Antrag zum 31. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. in Bremen	8
A-02	Antrag für den 31. Landesparteitag der Partei DIE LINKE am 08.10.2023	10
A-03	Kita	12
A-04	Krankenhaus Links der Weser erhalten.	13
A-05	Privatjets in Bremen verbieten!	15
A-06	Systemwechsel in Gesundheit und Pflege - Finanzierung des Gesundheitswesens	18
A-07	Für (soziale) Sicherheit statt Repression	20
A-08	Vier- statt dreigleisiger Ausbau der Bahnstrecke Bremen-Burg – Verden	22
O-01	Teilnahme aller gewählten Delegierten am LPT ermöglichen, Lösungen hierzu erarbeiten.	23
O-02	Beschluss 2022/241 des Bundesvorstands vom 16. Januar 2022 umsetzen	24
O-03	DIE LINKE. Hilft! in Bremen etablieren	25
O-04	Aufwandentschädigung für Landessprecher*innen	27

Antrag L01: Fortschritt statt Rückschritt, soziale Gerechtigkeit statt sozialer Spaltung!

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Zur Halbzeit der Bundesregierung lässt sich feststellen: Die Abfolge von Krisen
- 2 hört nicht auf, aber die Fähigkeit und Bereitschaft, politisch angemessen darauf zu
- 3 reagieren, scheint von Tag zu Tag zu schwinden. Getrieben von der FDP, legt sich
- 4 die Ampel zunehmend auf eine Deflationspolitik fest: Im Haushalt wird gekürzt, die
- 5 staatlichen Investitionen sinken, das Wachstum wird gedrosselt, die soziale
- 6 Spaltung nimmt zu.
- 7 Das Gegenteil wäre nötig. Angesichts der enormen Herausforderungen durch Klima- und
- 8 Energiewende, aber auch den hohen Rückstand an Investitionen in Infrastruktur,
- 9 Bildung, Gesundheit und Innovation, ist eine kreditfinanzierte Zukunftsoffensive
- 10 erforderlich, um den Umbau innerhalb der nächsten 10 Jahre zu schaffen und dabei
- 11 für sozialen Ausgleich und Teilhabechancen zu sorgen. Bis der Umbau gelingt, müssen
- 12 wirtschaftliche Verwerfungen überbrückt werden, z.B. durch einen
- 13 „Brückenstrompreis“, der den Strompreis für energieintensive Unternehmen so lange
- 14 absenkt, bis der Ausbau der Erneuerbaren Strom wieder hinreichend verbilligt.
- 15 Parallel dazu ist Umverteilung notwendig, um das wirtschaftliche Abgehängtwerden
- 16 der unteren Einkommenshälfte zu beenden und umzukehren: Durch die Besteuerung hoher
- 17 Einkommen, Vermögen, Erbschaften und Unternehmensgewinne und substanzielle
- 18 Transfers hin zu niedrigen und mittleren Einkommen, aber auch durch Preiskontrollen
- 19 wie einen Mietendeckel für Wohnen und Gewerbe. Der Staat muss klare Ziele und
- 20 Rahmen für den technologischen Wandel setzen und selbst unternehmerisch aktiv
- 21 werden. Mit pauschalen Steuersenkungen, „Technologieoffenheit“ und Privatisierung
- 22 wird die Lage nur schlimmer.
- 23 **Umverteilung von unten nach oben?! Die Politik der Ampel verstärkt Ungleichheit,**
- 24 **anstatt sie zu bekämpfen!**
- 25 Erschreckend ist die Prioritätensetzung für Einsparungen im Haushaltsentwurf der
- 26 Bundesregierung: Im sozialen Bereich, etwa beim Bundesfreiwilligendienst, bei
- 27 Programmen für Familien, beim Wohngeld, bei der Umsetzung der UN-
- 28 Behindertenkonvention oder beim Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt, stehen
- 29 massive Kürzungen ins Haus. Genauso bei der politischen Bildung und beim
- 30 Katastrophenschutz – in Zeiten der Zunahme rechter Gewalt und der steigenden Gefahr
- 31 von Umweltkatastrophen durch den Klimawandel fatale Prioritätensetzungen. Die
- 32 Kindergrundsicherung wurde von ursprünglich anvisierten 12 Milliarden
- 33 heruntergekürzt auf 2,4 Milliarden. So kann in Armut aufwachsenden Kindern nicht
- 34 geholfen werden! Zynisch, dass Finanzminister Lindner dann auf geflüchtete Familien

35 und vermeintlich arbeitsfaule Alleinerziehende verweist, um von seiner eigenen
36 politischen Verantwortung als Bundesfinanzminister für die Chancen armer Kinder in
37 Deutschland abzulenken.

38 Die Haushaltsplanung der Bundesregierung zeigt, dass sie für soziale Gerechtigkeit
39 und eine offene, demokratische Gesellschaft zwar gerne schöne Worte bemüht, am Ende
40 aber nicht bereit ist, dafür notwendige Investitionen zu tätigen. Dabei wissen alle
41 spätestens seit dem 100-Milliarden-Sondervermögen für die Aufrüstung der
42 Bundeswehr, dass es eben doch möglich ist, Geld zu mobilisieren, wenn der Wille
43 dafür da ist. Noch deutlicher wird dies am vorgelegten Entwurf für das 6 Milliarden
44 schwere „Wachstumschancengesetz“, das Unternehmen entlasten und damit Anreize für
45 Investitionen setzen soll. Während es für Unternehmen pauschale Steuersenkungen und
46 Blanko-Subventionen gibt, wird einkommensschwachen Haushalten und vor allem
47 einkommensschwache Familien jeder Euro in Frage gestellt. Scurrilerweise soll das
48 „Wachstumschancengesetz“ des Bundesfinanzministers zu überwiegenden Teilen aus den
49 Kassen der Länder und Kommunen finanziert werden, auch wenn vollkommen klar ist,
50 dass das für die meisten überhaupt nicht leistbar ist und zu weniger öffentlichen
51 Investitionen führen wird. Es braucht jetzt eine ernsthafte Politik für mehr
52 soziale Gerechtigkeit und Umverteilung, um Armut und die Ungleichheit der
53 Wohlstandsverteilung in Deutschland ernsthaft anzugehen! Wir setzen uns an der
54 Seite von Sozialverbänden, Gewerkschaften und Betroffenen für eine Politik ein, für
55 die Solidarität nicht nur eine Marke, sondern gelebte soziale Gerechtigkeit ist!

56 **Gegen die Normalisierung des Rechtsrucks – klare Kante gegen Rechts!**

57 Mit Sorge sehen wir ein gesellschaftliches Klima, in denen rechte, rassistische,
58 antisemitische, queerfeindliche und antifeministische Positionen immer mehr Raum
59 erhalten. Seit der Bundestagswahl 2021 hat die AfD ihre Umfragewerte auf
60 Bundesebene verdoppelt. Seit der Bundestagswahl versuchen sowohl Politiker*innen
61 der oppositionellen Union, als auch der Ampel-Parteien, mit rechtspopulistischen
62 Aussagen oder Politik zu Lasten universeller Rechte und der Demokratie,
63 Wähler*innen von der AfD zurückzugewinnen – offensichtlich ohne Erfolg. Wir
64 verurteilen diese Anbiederung an den Rechtspopulismus, denn sie ist eine feige
65 Politik auf dem Rücken vulnerabler Gruppen. Egal ob die SPD Innenministerin eine
66 menschenunwürdigere Abschiebepolitik als ihr CSU-Vorgänger macht, CDU-geführte
67 Landesregierungen in ihren Schulen das Gendern verbieten, der FDP-Finanzminister
68 Kinderarmut mit Migration und der vermeintlichen Arbeitsunwilligkeit
69 alleinerziehender Eltern begründet oder der FDP-Justizminister im Entwurf für das
70 Selbstbestimmungsgesetz Misstrauen gegen transidente Personen schürt – das hat
71 reale Konsequenzen für diejenigen, die von dieser Politik betroffen sind.

72 Auch in Bremen stellt die CDU-Fraktion in der Bürgerschaft Anfragen, die das
73 Bündnis Deutschland offensichtlich von rechts überholen sollen. Die Anfrage „Wird
74 die Drogenkriminalität am Bremer Hauptbahnhof staatlich finanziert?“ stellte in
75 dieser Hinsicht einen vorläufigen Tiefpunkt dar. Wir verurteilen diese Politik der
76 politischen Entgleisung aufs Schärfste, denn sie spielt nur den Rechten in die
77 Karten. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass Wohnungslose und Drogenkranke
78 nicht verdrängt und kriminalisiert werden, sondern dass ihnen soziale und

79 gesundheitliche Hilfen angeboten, ihre Rechte verteidigt und ihre Anwesenheit in
80 der Stadtgesellschaft respektiert wird. Wir wollen keine Politik des „aus den
81 Augen, aus dem Sinn“, sondern eine, die gegen die Ursachen von Armut und
82 Verelendung vorgeht!

83 Die rechtspopulistische Empörungskultur ist eine Ablenkungsideologie. Ein platter
84 Kulturkampf und das Präsentieren von Sündenböcken sollen vermeiden, dass
85 Verteilungsfragen, soziale Ungleichheit, Marktregime und Autarkiepolitik als reale
86 Ursachen von Abstiegsbedrohung und Armut thematisiert werden. Aus dem
87 rechtspopulistischen Feld kommt nichts an Forderungen, die geeignet wären, die
88 soziale und wirtschaftliche Lage der unteren und mittleren Einkommen nachhaltig zu
89 verbessern, strukturelle Ungleichheit zu bekämpfen oder neue und bessere Jobs zu
90 schaffen. Die Idee, die breite Mehrheit der Gesellschaft könnte langfristig davon
91 profitieren, wenn Deutschland sich dem klimapolitischen Umbau verweigert, auf
92 Abschottung gegen Zuwanderung setzt, ein innenpolitisches Klima von Vorurteilen und
93 Intoleranz schafft und sich durch wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland
94 isoliert, ist schlichtweg grotesk. Weil aber die Angst vor Veränderung, staatlicher
95 Gestaltung und solidarischer Umverteilung auch im demokratischen Parteienspektrum
96 immer mehr um sich greift, kann dieser Unsinn sich entfalten.

97 Während in Bayern 2021 durchschnittlich 115.000 Euro pro Sterbefall vererbt wurden,
98 sind es im Osten der Republik weniger als 20.000 Euro - wobei auch in Bayern drei
99 Viertel leer ausgehen, während 1 Prozent der Erben Vermögen von jeweils über 5
100 Millionen erbt. Während sich industrielle Forschung und Entwicklung, und damit
101 sichere und höher bezahlte Jobs, hauptsächlich im Süden konzentrieren, sind die
102 Ansiedlungen in den nördlichen Bundesländern häufig eher „verlängerte Werkbänke“,
103 mit entsprechend höheren Beschäftigungsrisiken. Die Verteilung von Ressourcen und
104 Risiken wird immer ungleicher. Während die Bundesregierung die
105 Beschäftigungsförderung für Langzeitarbeitslose kürzt, verschenkt Lindners
106 „Wachstumschancengesetz“ jährlich 70 Millionen, damit in Zukunft noch dickere
107 Dienstwagen steuerlich absetzbar sind. Das sind die Themen, über die gesprochen
108 werden muss, nicht über noch mehr Abschottung, angebliche „Cancel Culture“ oder den
109 Untergang des Abendlands.

110 Wir setzen auf Veränderung und auf eine Politik der sozialen Sicherheit durch
111 soziale Gerechtigkeit – eine Politik, die solidarisch ist mit marginalisierten
112 Personen und klare Kante zeigt gegen Kapitalmacht, gegen ungehemmtes Marktregime
113 und gegen Rechts! Wir stehen ein für eine soziale Politik, die ohne Ressentiments
114 und Feindbilder auskommt und solidarisiert uns mit allen Menschen, die von
115 Queerfeindlichkeit, Rassismus und Antifeminismus betroffen sind.

116 **Die Europawahl für die Auseinandersetzung nutzen!**

117 Wir wollen die Europawahl nutzen, um diese Auseinandersetzung zu führen und gegen
118 die Resignation eine fortschrittliche soziale und wirtschaftliche Perspektive zu
119 setzen. Die Politik der Austerität muss beendet werden, der Weg zu einer
120 solidarischen und modernen Politik auf EU-Ebene jetzt geöffnet werden. Auch die EU
121 muss jetzt den Mut finden zu großen Investitionen in den wirtschaftlichen Umbau, zu

122 gemeinsamen Sozialprogrammen und zu einer fortschrittlichen Migrationspolitik. Mit
123 Schuldenbremsen ist kein Blumentopf mehr zu gewinnen.

124 Europa hat nur eine Chance, wenn der Kampf um gleichwertige Lebensbedingungen jetzt
125 aufgenommen wird. Dafür müssen öffentliche Investitionen ermöglicht, soziale
126 Mindeststandards gesetzt, eine Mindestbesteuerung von Unternehmensgewinnen
127 eingeführt und Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Wir wollen ein Europa, das
128 sich für Kooperation, Abrüstung und Entspannung einsetzt, für wirksame globale
129 Klima- und Umweltabkommen und für faire Entwicklungschancen aller Staaten. Gegen
130 die Politik der Abschottung setzen wir auf legale Zuwanderungswege und eine
131 vertiefte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten der EU und mit den
132 afrikanischen Staaten generell.

133 Die rechtsstaatlichen Standards der EU dürfen nicht geschleift werden. Wir stehen
134 ein für Menschenrechte, soziale und gewerkschaftliche Rechte sowohl innerhalb der
135 EU als auch als Grundlage von Vereinbarungen mit anderen Staaten. Wer Europa will,
136 muss es den Reichen nehmen – mit dieser Botschaft gehen wir in den Europawahlkampf.

137 **Rot-Grün-Rot in Bremen: Die LINKE in der Regierungsverantwortung**

138 Das gute Ergebnis bei den Wahlen im Juli hat es ermöglicht, dass die LINKE im Land
139 Bremen wieder Teil der Landesregierung ist. Das wird keine einfache Aufgabe. Der
140 Abstand wird größer zwischen dem, was LINKE, Grüne und SPD in Bremen als gemeinsame
141 Grundlage für die kommenden vier Jahre vereinbart haben, und dem Kurs der
142 Bundesregierung, wie er sich derzeit entwickelt. Rechte Stimmungen im Land sind
143 stärker geworden, und eine fortschrittliche Antwort darauf, mit einer offensiven
144 Politik wirtschaftlicher Gestaltung und sozialen Zusammenhalts, wird stärker in
145 Konflikte mit der Bundespolitik geraten.

146 Wir setzen uns dafür ein, dass das, was wir vereinbart haben, auch realisiert wird
147 – von der Klimaschutzstrategie bis zum Ausbildungsfonds, vom Ausbau der
148 Gesundheitsversorgung bis zur Rekommunalisierung, von Sozialwohnungen und
149 kommunalen Wohnungen in allen Stadtteilen bis zu Housing First, von der Stärkung der
150 Häfen bis zur Förderung von Genossenschaften und Startups. Eine Reduzierung
151 sozialer Sicherheit auf Repression kommt mit uns nicht in Frage. Die Entlastung von
152 Menschen und Familien mit geringen bis mittleren Einkommen, für die wir bei der
153 Gestaltung des Krisenfonds gekämpft haben, bleibt weiter eine unserer zentralen
154 Aufgaben.

155 In einigen Politikfeldern müssen wir für eine konzeptionelle Weiterentwicklung
156 sorgen. Wir wollen gemeinsam mit der Fraktion einen Prozess starten, um unsere
157 Ideen und Forderungen zum Thema Bildungsgerechtigkeit zu schärfen. Als
158 sozialistische Partei brauchen wir mehr Auseinandersetzung mit Wirtschaftspolitik,
159 nicht nur in Fraktion und Regierung, sondern auch im Landesverband. Mit der
160 Zukunftswerkstatt im November werden wir uns über Fragen der Parteientwicklung
161 verständigen und darüber, wie wir unsere dezentrale Arbeit in den Stadtteilen und
162 im Landesverband verbessern.

163 **Die LINKE wieder auf Kurs bringen**

164 Die LINKE befindet sich bundesweit weiterhin in einer kritischen Situation. Die
165 Ergebnisse der letzten Wahlen und Umfragen sind uneinheitlich. Stablen bis guten
166 Ergebnissen in Berlin und Bremen, im Osten und bei Bürgermeister*innen-Wahlen von
167 Rostock bis Kassel, stehen große Schwierigkeiten in den westlichen Flächenländern
168 gegenüber. Inhaltliche Vorstöße auf Bundesebene werden regelmäßig medial überdeckt
169 durch die Spekulationen über eine bevorstehende Konkurrenzgründung aus Teilen der
170 Bundestagsfraktion heraus.

171 Wir unterstützen gemeinsam mit den anderen Landesverbänden die Beschlüsse des
172 Parteivorstands „DIE LINKE als plurale sozialistische Partei erhalten“ und den
173 „Comeback-Plan 2025“. Wir befürworten den Personalvorschlag der Vorsitzenden für
174 die ersten 4 Plätze der Eurowahlliste. Wir haben kein Verständnis dafür, dass
175 Abgeordnete der Bundestagsfraktion ihre Position missbrauchen, um die LINKE durch
176 die Idee einer Konkurrenzgründung zu schwächen, und erwarten, dass konkret
177 vorbereitende Schritte zum Ausscheiden aus der Fraktion und zur Rückgabe des
178 Mandats führen. Wir sehen keinen Sinn darin, eine neue Partei zu gründen, die vor
179 allem an Ängste und Ressentiments appelliert und sich in Agitation, Wortwahl und
180 den meisten inhaltlichen Positionen nur graduell von den Rechtspopulisten
181 unterscheiden wird. Wir sagen aber auch: Das wird die LINKE nicht schwächen. Es
182 wird uns helfen, die Haltung des Zauderns und Abwartens zu überwinden, die derzeit
183 viele, die mit uns sympathisieren, am Eintritt hindert. Wir werden weiterhin
184 kontroverse Debatten führen. Wir bleiben eine plurale sozialistische Partei. Die
185 soziale Frage hat sich weiterentwickelt, und wir müssen darüber diskutieren, wie
186 wir klassenpolitische Antworten entwickeln, die stark genug sind, auf der Höhe der
187 Herausforderungen liegen, Hoffnung und Aufbruch vermitteln. Wir rufen alle dazu
188 auf, diese Debatten innerhalb der LINKEN zu führen, denn dort gehören sie hin.

189 Bei aller landespolitischen Eigenständigkeit werden wir uns auch weiterhin in den
190 strategischen Fragen der Bundespartei positionieren. Die Laufzeit der
191 Ampelregierung wird 2025 enden. Es braucht eine starke LINKE, um für soziale
192 Gerechtigkeit und solidarische Veränderung zu kämpfen. Die Europawahl kann dafür
193 ein erster Wendepunkt sein.

Begründung

.

Antrag A-01: Antrag zum 31. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. in Bremen

Antragsteller/in:	Wolfgang Hellborn (KV Links der Weser · Nr. 706), Margit Hebeda (KV Links der Weser · Nr. 707), Andrea Spangenberg (KV Links der Weser · Nr. 405), Wilfried Schartenberg (KV Links der Weser · Nr. 456), Olaf Zimmer (KV Links der Weser · Nr. 458), Bettina Fenzel (KV Links der Weser · Nr. 401), Anke Jungclaus (KV Links der Weser · Nr. 408), Cornelia Barth (KV Nord-West · Nr. 202), Anke Maurer (KV Links der Weser · Nr. 403), Manfred Steglich (KV Mitte-Ost · Nr. 708), Angelika Brandenburg (KV Links der Weser · Nr. 709), Karl Brönnle (KV Nord-West · Nr. 271), Britta Littke-Skiera (KV Nord-West · Nr. 210)
Status:	eingereicht

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 DIE LINKE in Bremen unterstützt den Aufruf „Für Friedenshäfen an Nord- und Ostsee“
- 2 von verschiedenen Friedensgruppen und empfiehlt allen Genossinnen und Genossen die
- 3 Teilnahme an der Demonstration am 14. Oktober 2023 in Bremerhaven.
- 4
- 5 https://www.bremerfriedensforum.de/pdf/Bremerhaven14_September1.pdf
- 6 https://www.bremerfriedensforum.de/pdf/Bremerhaven14_September2.pdf

Begründung

Nach wie vor ist es programmatischer Grundsatz der Linkspartei, keine Waffenlieferungen in Spannungs- oder gar in Kriegsgebiete zu akzeptieren. Dem Krieg - egal ob drohend oder bereits stattfindend - ist nicht mit Waffen, sondern mit Verhandlungen zu begegnen. Jeder Tag, der darüber verstreicht, bedeutet weitere Opfer und weiteres Leid. Das vermeidbar gewesen wäre.

Diese Position wird nicht dadurch fragwürdig, dass im Ukrainekrieg „gute und schlechte Akteure und Absichten“ behauptet werden. Denn die eigentlichen Verlierer sind immer diejenigen, die nicht gefragt werden und die nicht wählen können, ob sie wirklich ihr Leben für einen Krieg hergeben wollen. Das wird deutlich an den Hunderttausenden von Deserteuren und vor einer Kriegsverpflichtung Flüchtenden auf beiden Seiten. Die Aufgabe einer sozialistischen Partei und jedes mitfühlenden Menschen kann es nur sein, diesen Menschen zu helfen und auf ein schnellstmögliches Ende eines jeden Krieges hinzuwirken.

Aktuell ist auf die besondere Situation Bremerhavens hinzuweisen:

Seit dem Ende des 2. Weltkriegs ist der Unterweserraum, damals als „Amerikanische Enklave“, die logistische Drehscheibe für den militärischen Nachschub der Nato und deshalb von hoher strategischer Bedeutung und dadurch ein wichtiges strategisches Angriffsziel.

Ferner ist die Region durch Werften, Flugzeug- und Fahrzeugbau geprägt, die auch immer über

eine rüstungsindustrielle Sparte verfügen bzw. ihre Produktion kurzfristig auf militärische Bedürfnisse umstellen können.

Vor dem Hintergrund einer weiteren Eskalation in der Ukraine ist nicht auszuschließen, dass Deutschland zu einer aktiven Kriegspartei wird. In einem solchen Fall ist insbesondere die Zivilbevölkerung im sog. Elbe-Weser-Dreieck existenziell gefährdet.

Nehmt teil an der Friedensdemo am 14.10.2023 in Bremerhaven.

Antrag A-02: Antrag für den 31. Landesparteitag der Partei DIE LINKE am 08.10.2023

Antragsteller/in:	Dieter Winge (KV Nord-West · Nr. 705)
Status:	eingereicht

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Hiermit fordert der Parteitag die Bürgerschaftsfraktion der Partei auf, sich in
- 2 Senat und Bürgerschaft dafür einzusetzen, dass
- 3
- 4 1. der Bremer Senat als Beschäftigungsträger von mindestens 600 sowjetischen
- 5 Zwangsarbeitern eine geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der
- 6 Zwangsarbeiterproblematik in der „Grambker Schleife“ in Auftrag gibt,
- 7 2. der Senat sich in Wahrnehmung seiner historischen Verantwortung offiziell bei
- 8 den Opfern sowie Angehörigen und Nachkommen der umgekommenen Zwangsarbeiter
- 9 Dies schließt die sogenannte „unvollständige Exhumierung“ im Zuge der
- 10 Umbettungen auf den Osterholzer Friedhof von 1948 ein, die keine geordnete
- 11 Umbettung gewesen ist, sondern bei der Leichname auseinandergerissen wurden
- 12 und tausende von Knochenfragmenten im Erdboden verblieben.

Begründung

Im September 1941 forderte der Bremer Bausenator Dr. Fischer in Ermangelung deutscher Arbeitskräfte, die an der Ostfront in Russland verschlissen wurden, 600 sowjetische Zwangsarbeiter an. Diese werden im Bunker und Straßenbau eingesetzt. Von diesen 600 Zwangsarbeitern versterben bis zum Frühjahr 1942 insgesamt mindestens 371 an einem völlig desolaten Ernährungs- und Gesundheitszustand sowie an den Folgen einer Fleckfieberepidemie. Weil diese Verstorbenen gemäß der perfiden Rassenideologie der Nationalsozialisten nicht auf deutschen Friedhöfen bestattet werden durften, wird die Anlage eines eigenen Friedhofs, dem sog. „Russenfriedhof“ erforderlich.

Die Umbettungen von 1948 auf den Osterholzer Friedhof waren eher ein Massaker, bei dem 20.000 Knochenfragmente sowie 66 vollständige Skelette in der Erde verblieben sind, die man schlicht vergessen hat! Vollständige Skelette wurden auseinandergerissen, ein Teil wurde nach Osterholz verbracht, ein Rest verblieb in Oslebshausen. Für die Angehörigen muss dies eine unerträgliche Vorstellung sein. Zudem waren diese „Umbettungen“ aufgrund der damals fehlenden Zustimmung des Herkunftslandes der Verstorbenen wohl eindeutig völkerrechtswidrig! Aber anstatt diese Sachverhalte so zu benennen, wie sie sind, sprechen Senat, Landesarchäologie und Staatsarchiv euphemistisch von einem formal korrekt aufgelösten Friedhof und einer lediglich „unvollständigen Exhumierung“. Eine Entschuldigung an die Nachfahren der Opfer gerichtet, die mehr als angemessen wäre und eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, gibt es bis zum

heutigen Tag ebenfalls nicht.

Der Bremer Senat wird seiner historischen Verantwortung für diese Geschehnisse nicht gerecht! Uns ist bis heute keine vom Bremer Senat in Auftrag gegebene geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der Zwangsarbeit in der Grambker Schleife bekannt! Alle bisherigen Beiträge zur Aufarbeitung wurden ausschließlich von Akteur:innen der Zivilgesellschaft geleistet. Zu nennen sind hier Peter Michael Meiners, Harry Winkel, das Bremer Friedensforum sowie die Bürgerinitiative Oslebshausen. Während der Bremer Senat zurecht die Aufarbeitung der Firmengeschichte von privatwirtschaftlichen Unternehmen wie Kühne und Nagel fordert, verweigert er dies für den eigenen Verantwortungsbereich. Dies kann und darf so nicht bleiben.

Antrag A-03: Kita

Antragsteller/in:	Olaf Zimmer (KV Links derWeser · Nr. 458), Daniel Urbach (KV Nord-West · Nr. 707), Karl Brönnle (KV Nord-West · Nr. 271), Wilfried Schartenberg (KV Links derWeser · Nr. 456), Andrea Spangenberg (KV Links derWeser · Nr. 405), Wolfgang Hellborn (KV Links der Weser · Nr. 706)
Status:	eingereicht

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die im aktuellen Koalitionsvertrag beschlossenen Maßnahmen im Bereich Kita, die
- 2 Einstellung gering bzw. nicht qualifizierter Kräfte ohne Verpflichtende
- 3 Weiterbildung, sowie die Möglichkeit der Gruppenvergrößerung lehnen wir aus
- 4 pädagogischer und aus gewerkschaftlicher Sicht ab und fordern ihre Rücknahme.
- 5 Stattdessen fordern die Fraktion auf, sich im Rahmen der Koalition dafür
- 6 einzusetzen, dass das Ergebnis des Kitagipfels vom Frühjahr 2023, nämlich der runde
- 7 Tisch unter Beteiligung Aller - Kinder, Eltern, Pädagog*innen, Träger - installiert
- 8 wird, um die Notsituation bei der Versorgung Bremer Kinder im Bereich Kita zu
- 9 beheben.

Begründung

Die seit Jahren bekannte und sich immer weiter verschärfende Krise bei der Betreuung der Kinder im Land Bremen im Bereich Kita wurde auf einem Kitagipfel im Frühjahr 2023 besprochen und es wurde gemeinsam nach Lösungsansätzen gesucht, um das Problem der unversorgten Kinder, über 1300 Kinder haben trotz Anmeldung stand heute keinen Kitaplatz, zu beheben. Dafür sollte ein Runder Tisch eingerichtet werden, der alle Beteiligten und ihre Anliegen mitnimmt. Dieser Weg wurde in den Verhandlungen und bei den Beschlüssen zum Koavertrag verlassen. Statt einer Debatte auf Augenhöhe jetzt die Anordnung von oben. Die nun im Koavertrag festgeschriebenen Verschlechterungen sind sowohl aus pädagogischer Sicht als auch aus gewerkschaftlicher Sicht abzulehnen. Für eine qualifizierte pädagogische Arbeit braucht es qualifiziertes Personal und es braucht Gruppenstrukturen, die Lernen ermöglichen. Diese Voraussetzungen, damit frühkindliche Bildung gelingen kann, sehen wir im aktuellen Koalitionsvertrag nicht gegeben. Im Gegenteil. Die Arbeits- und Stresssituation für Personal und vor allem für die Kinder wird sich weiter verschärfen. Das ist keine Lösung des aktuellen Problems, sondern stellt eine abermalige Verschlechterung dar und wird nicht die gewünschten Effekte bringen. Es braucht Lösungen, für alle Kinder, aber nicht so und nicht auf ihrem Rücken. Nur durch eine Debatte, die alle auf Augenhöhe beteiligt, ist das Problem zu lösen.

Antrag A-04: Krankenhaus Links der Weser erhalten.

Antragsteller/in:	Wolfgang Hellborn (KV Links der Weser · Nr. 706), Margit Hebeda (KV Links der Weser · Nr. 707), Andrea Spangenberg (KV Links der Weser · Nr. 405), Wilfried Schartenberg (KV Links der Weser · Nr. 456), Olaf Zimmer (KV Links der Weser · Nr. 458), Bettina Fenzel (KV Links der Weser · Nr. 401), Anke Jungclaus (KV Links der Weser · Nr. 408), Cornelia Barth (KV Nord-West · Nr. 202), Anke Maurer (KV Links der Weser · Nr. 403), Manfred Steglich (KV Mitte-Ost · Nr. 708), Angelika Brandenburg (KV Links der Weser · Nr. 709), Karl Brönnle (KV Nord-West · Nr. 271), Britta Littke-Skiera (KV Nord-West · Nr. 210), Roman Fabian, Sönke Hundt
Status:	eingereicht

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 DIE LINKE in Bremen unterstützt den einstimmig gefaßten Beschluß des Beirates
- 2 Obervieland zum Erhalt des Krankenhauses Links der Weser:
- 3 „Der Beirat Obervieland fordert die Senatorin für Gesundheit, Frauen und
- 4 Verbraucherschutz auf, nicht weiter an den Plänen zur Schließung des Klinikum Links
- 5 der Weser festzuhalten. Weiterhin fordert er sie auf, das Herzzentrum im Klinikum
- 6 Links der Weser zu belassen.“

Begründung

Das Klinikum Links der Weser (KLDW) ist zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Bremen und im Bremischen Umland unverzichtbar. Es leben allein im Bremer Süden über 127.000 Menschen bzw. über 22% der bremischen Bevölkerung. Außerdem zählen große Bereiche des niedersächsischen Umlands insbesondere die Landkreise Diepholz, Verden zum Versorgungsgebiet des KLDW. Damit umfasst der Einzugsbereich des KLDW über 180.000 Menschen.

Unter Berücksichtigung der Lage und der grundsätzlich schlechten Erreichbarkeit von Stadtteilen und Quartieren sowie der jetzt schon sehr angespannten verkehrlichen Situation im Bremer Süden, welche durch bereits laufende und zahlreiche, in den kommenden Jahren noch folgende Großbau-stellen wie diverse Brückenersatzneubauten B 75 die Sanierung der B75 Fahrtrichtung stadtaus-wärts und der Ausbau der A281 noch forciert wird, ist das KLDW für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Bremer Süden unentbehrlich. Und nicht nur im Bremer Süden. Der Beirat Obervieland befürchtet, dass durch die Verlagerung von Disziplinen diese für ganz Bremen nicht mehr zur Verfügung stehen. Eine Umfrage des Klinikpersonals KLDW zum Beispiel hat ergeben, dass sich ein erheblicher Anteil der Beschäftigten lieber im Bremer Umland eine neue Beschäftigung suchen werden, als im Rahmen einer Umstrukturierung ins Klinikum Mitte zu wechseln. Somit würde dieses Fachpersonal nicht nur bei einer Verlagerung fehlen, sondern in

naher Zukunft die GENO verlassen und damit den bestehenden Betrieb am KLDW stark einschränken. Dieses kann zu einer mangelhaften Gesundheitsversorgung für ganz Bremen führen. Da es sich um hochspezialisierte Fachkräfte handelt, könnten Disziplinen wie zum Beispiel die Herzmedizin dann weder im Klinikum Links der Weser noch im geplanten Herzzentrum im Klinikum Bremen - Mitte betrieben werden.

Diese Leistungen würden für die Bewohner Bremens und des Umlandes dann wegfallen, was nicht im Sinne sinnvoller Gesundheitspolitik sein kann. Gerade auch vor dem Hintergrund, dass davon ausgegangen wird, dass sich die Anzahl der Herzinfarkte in der nächsten Zeit noch wesentlich erhöhen wird (Hitze, Alter usw.) Ein Betrieb eines Herzzentrums ohne Fachpersonal kann nicht gewährleistet werden.

Festzuhalten ist, dass der Geno Standort Links der Weser in der Vergangenheit und bis heute immer wieder wirtschaftlich gearbeitet hat. Dies ist ein Resultat eines sehr guten Arbeitsklimas, effizienter Arbeitsabläufe und vor allem einer ausgeprägten Teamarbeit. Verlagerungen von Fachabteilungen in der GENO haben sich bereits in der Vergangenheit negativ ausgewirkt. Daran erinnert sei an die Verlagerung von Disziplinen von Bremen-Ost nach Bremen-Mitte, welche von Patienten/-innen nicht angenommen wurden und daraufhin teuer zurückentwickelt wurden. Patientenströme lassen sich erfahrungsgemäß nicht so einfach verlagern wie zum Beispiel eine Stahl- oder Lebensmittelproduktion

Antrag A-05: Privatjets in Bremen verbieten!

Antragsteller/in:	Umwelt-AG
Status:	eingereicht

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **Der Landesparteitag der LINKE Bremen fordert die Fraktion sowie die Senatorinnen**
- 2 **auf:**
- 3 1. Daten zu der Anzahl der Privatjets, die in Bremen starten und landen, sowie
- 4 ihren CO₂-Ausstoß und den Ausstoß anderer klimaschädlicher Emissionen zu
- 5 erheben bspw. durch parlamentarische Anfragen;
- 6 2. auf ein Landeverbot für Privatjets im Bundesland Bremen hinzuwirken.
- 7 3. Wenn ein solches Landeverbot rechtlich nicht umsetzbar sein sollte, fordert
- 8 der Landesparteitag die Fraktion auf, darauf hinzuwirken, die Start- und
- 9 Landegebühren in Bremen für Privatjets so anzupassen, dass sie den
- 10 tatsächlichen Schaden an Umwelt und Klima durch erhöhte Emissionen abbilden.
- 11 4. Außerdem soll geprüft werden, ob die Einnahmen aus einer solchen Anpassung für
- 12 Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen in Bremen genutzt werden können.
- 13 5. Darüber hinaus sollen sowohl die Fraktion als auch die Senatorinnen ihre
- 14 Möglichkeiten bspw. im Bundesrat nutzen, um auf ein Privatjet-Verbot in
- 15 Deutschland bzw. höhere Gebühren für Starts und Landungen dieser Flieger
- 16 hinzuwirken.

Begründung

Private Flieger sind für einige Wenige ein toller Komfort, für alle anderen Menschen aber eine gefährliche Belastung des Klimas. Laut Greenpeace haben Privatjets weltweit allein in den vergangenen drei Jahren insgesamt 5,3 Millionen Tonnen CO₂ ausgestoßen. Das übertrifft den Jahresausstoß des gesamten Landes Uganda mit seinen rund 46 Millionen Einwohner*innen.

In Deutschland haben Privatflugzeuge im Jahr 2022 rund eine Million Tonnen CO₂ verursacht (nach [Berechnungen von SZ und NDR](#)). Dazu kommen noch andere Emissionen, die die Erderwärmung teilweise sogar stärker beschleunigen als Kohlendioxid, darunter Stickoxide, Ruß und Wasserdampf. Pro Kopf gerechnet zeigt sich darin eine massive Ungerechtigkeit: „Ein Privatflugzeug kann schon mit sechs Stunden Flugzeit so viel emittieren wie ein Durchschnittsmensch in einem ganzen Jahr“, rechnete der Klimaforscher Stefan Gössling im Frühjahr vor.

Gerade die Starts und Landungen von Privatjets verursachen besonders viele Emissionen. Ihre Zahl ist zuletzt stark gewachsen. So verzeichneten die deutschen Flughäfen 2022 rund 94.000 Starts, 2019 waren es noch rund 85.000, ein Anstieg von mehr als 10%. Dieser Trend lässt sich auch weltweit beobachten. Die besonders CO₂-intensiven Flieger werden häufig für kurze Strecken

genutzt, 60 Prozent der Strecken sind kürzer als 300 Kilometer.

Die große Mehrheit der kleinen Flieger wird für private und Geschäftsreisen genutzt. Da es sich nicht selten um Charterflüge handelt, waren viele Flüge (zum Charterplatz hin oder von dort zurück) in der Vergangenheit Leerflüge.

Flüge mit Privatjets sind übrigens vom Emissionshandel der EU ausgenommen. Der steigende CO₂-Preis trifft demnach zwar Privatverbraucher*innen, die mit Gas heizen, aber nicht den Superreichen, der in einer exklusiven Maschine von Hamburg nach Sylt fliegt. LINKEN-Chef Martin Schirdewan hat diese Ungerechtigkeit öffentlichkeitswirksam im Frühjahr angeprangert und ein bundesweites Privatjet-Verbot gefordert. Ein solches Verbot ist mit der Ampel-Koalition jedoch nicht in Sicht.

Nun zu Bremen: Auch in Bremen starten und landen Privatjets. Im Internet findet man vielbeworbene Möglichkeit dazu. Ein Beispiel: „Der **Flughafen Bremen (BRE)** – seit 2017 auch Bremen Airport Hans Koschnick – verfügt über ein **eigenes Terminal für die Passagiere von Privatjets**. Es ist ebenso wie der Airport aus der Bremer City schnell erreicht. Auf Wunsch organisiert Ihnen der **FSH Premium Flugservice** neben den **Privatjets von Bremen nach Mallorca** auch gleich den Transfer zum Flughafen zum Beispiel in einer Limousine oder einem Helikopter.“ (schreibt das [private Charterunternehmen FSH](#))

Auch der Bremer Flughafen selbst wirbt auf seiner Homepage unter „Personal Jet Charter“ für Privatjetflüge: „Für flexibles, schnelles und sicheres Reisen stehen komfortable Geschäftsreiseflugzeuge zur Verfügung. Sie bieten Platz für 5 bis 9 Passagiere und bringen Sie innerhalb von drei Stunden an jeden Ort in Europa. Ein idealer Service sowohl für repräsentative Reisen mit Ihren Geschäftspartnern als auch für den anspruchsvollen Urlaubsreisenden und seine Familie.“

Wie oft von diesen Angeboten insgesamt Gebrauch gemacht wird und wie viele Emissionen so in Bremens CO₂-Bilanz eingerechnet werden müssten, ließ sich nicht herausfinden. Auf Flightradar24 lassen sich durchaus einige kleine Flieger beobachten: von Bremen nach Southampton, von Hamburg nach Bremen. Eine Privatjet fliegt mitunter täglich zwischen Mallorca und Bremen hin und her.

Da sich die Flughafen Bremen GmbH zu 100 Prozent in städtischer Hand befindet, sollten Zahlen zu Privatflügen über die Fraktion jedoch abfragbar sein. Ein Verbot von Privatjets in Bremen wäre ebenfalls denkbar. Die Stadt Amsterdam geht hier bereits mit gutem Beispiel voran: Ab 2026 sollen vom Flughafen Amsterdam-Schiphol keine privaten Flieger mehr abheben. ([tagesschau](#))

Die CO₂-Emissionen von reichen Menschen übertreffen die von ärmeren um ein Vielfaches. Luxusgewohnheiten wie Privatjetfliegen oder das Reisen mit enormen Privatyachten sind entscheidende Treiber. Wir als Umwelt AG fordern, ein faires CO₂-Budget für alle Menschen. Das bedeutet, dass Reiche nicht mehr Luft verschmutzen dürfen als Ärmere. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Außerdem stehen wir als LINKE zu dem Verursacherprinzip: Wer besonders viele Emissionen verursacht, muss sie auch senken, wenn es in seiner* oder ihrer* Macht steht. Erst recht, wenn dies leicht möglich wäre, etwa mit einer Bahnfahrt statt einem Privatjetflug oder einem Platz in einem Linienflug.

Steigende CO₂-Emissionen betreffen uns alle. Schon jetzt bedrohen sie die Lebensgrundlagen von Menschen in vielen Ländern dieser Welt, selbst in Europa, wie die massiven Waldbrände/

Sturzfluten in Griechenland oder die massive Dürre in Frankreich und Spanien zeigen. Ein besseres und nachhaltiges Leben für alle Menschen ist nichtsdestotrotz möglich. Dafür müssen insbesondere reichere Länder wie Deutschland die Emissionen konsequent senken. Dazu gehört auch, die absurden Auswüchse des Kapitalismus mit immer mehr und immer reicheren Superreichen, die sich immer teurere und CO₂-intensivere Hobbys suchen, zu begrenzen. Da auf Bundesebene in dieser Hinsicht leider nicht die nötigen Schritte passieren, sehen wir als Umwelt AG die Notwendigkeit, auf Bremer Ebene voranzugehen und den Handlungsspielraum im Land auszuschöpfen. Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten!

Antrag A-06: Systemwechsel in Gesundheit und Pflege - Finanzierung des Gesundheitswesens

Antragsteller/in:	Manfred Steglich (KV Mitte-Ost · Nr. 708), Wilfried Scharfenberg (KV Links derWeser · Nr. 456), Olaf Zimmer (KV Links derWeser · Nr. 458), Anke Maurer (KV Links derWeser · Nr. 403), Andrea Spangenberg (KV Links derWeser · Nr. 405), Wolfgang Hellborn (KV Links der Weser · Nr. 706), Margit Hebeda (KV Links der Weser · Nr. 707), Bettina Fenzel (KV Links derWeser · Nr. 401), Angelika Brandenburg (KV Links der Weser · Nr. 709)
Status:	eingereicht

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Krankenhausversorgung muss nach grundlegend anderen Gesichtspunkten organisiert
2 werden: Krankenhäuser müssen von Konkurrenz und Kostendruck befreit und aufs
3 Gemeinwohl verpflichtet werden. *Wir fordern* einen Gesundheitsfonds für
4 gemeinwohlorientierte Krankenhäuser und die Rekommunalisierung bereits
5 privatisierter Kliniken. Gesundheit ist keine Ware, in der Kriterien wie
6 Wirtschaftlichkeit und Profit mehr zählen dürfen als kranke Menschen. Deshalb
7 fordern wir die Abschaffung des 2003 beschlossene Vergütungssystem
8 (Fallpauschalen, DRG), das die Krankenhäuser mehr denn je in einen ökonomischen
9 Wettbewerb zwingt, mit der Folge, das nicht die Qualität, sondern die Fallzahlen,
10 die Diagnosen und geringe Kosten pro Fall entscheiden über Sieger und Verlierer in
11 diesem Wettlauf. Wir fordern einen Systemwechsel zugunsten einer kostendeckenden,
12 bedarfsgerechten Finanzierung.

- 13 Die schlechten Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern und Pflegeheimen wurden
14 schon lange vor der Corona-Pandemie offensichtlich: mangelnde Hygiene, „blutige
15 Entlassungen“, kaum Zeit für fachlich korrekte Pflege, von Zuwendung ganz zu
16 schweigen.

- 17
18 Die Logik des Marktes im Gesundheitswesen wurde begleitet mit Druck auf die
19 Beschäftigten und mit Personalabbau eingeführt – Mit dem Ergebnis das Krankenhaus
20 Konzerne hohe Gewinne machen und kommunale Krankenhäuser unterfinanziert sind.

- 21 Im Krankenhaus und in der Langzeitpflege fehlen jeweils mindestens 100.000
22 Pflegekräfte! Hunderttausende Pflegekräfte haben aus Frust und Erschöpfung ihren
23 Beruf verlassen. Die Mitarbeiter*Innen im Gesundheits- und Pflegebereich, die
24 geblieben sind, sind völlig überarbeitet. Gesundheitsminister Lauterbach kommt
25 nicht mehr drumherum, das Problem zu bearbeiten.

- 26 Seine bisherigen Maßnahmen und groß angekündigten Reformen im Gesundheitsbereich

27 reichen jedoch bei weiten nicht aus, um den Notstand in den Krankenhäusern und
28 Pflegeeinrichtungen zu stoppen. Die Unterfinanzierung wird nicht beseitigt, weder
29 im ambulanten noch im stationären Bereich.
30 **Private Konzerne und Investoren können weiterhin mit unseren Versicherungsbeiträgen**
31 **und Zuzahlungen das große Geld machen. Auch niedrigere Fallpauschalen (DRGs) führen**
32 **dazu, dass die Krankenhäuser auf Profit und Wettbewerb ausgerichtet sind und nicht**
33 **auf die Bedürfnisse der Patient*innen und der Beschäftigten.**Auf der Bundeebene
34 fordern wir:

35 *„Die bestmögliche Gesundheitsversorgung und Pflege muss allen Menschen in*
36 *Deutschland zur Verfügung stehen und darf nicht von der Größe des Geldbeutels*
37 *abhängen. DIE LINKE ist die einzige Partei, die konsequent für eine gerechte*
38 *Finanzierung des Gesundheitswesens kämpft. Wir wollen die Profitorientierung*
39 *abschaffen. Statt großer Gewinne für Krankenhaus- und Pflegekonzerne wollen wir*
40 *eine bedarfsgerechte und auskömmliche Finanzierung des Gesundheitswesens. Nur so*
41 *schaffen wir die Voraussetzungen, die nötig sind, damit alle Menschen im Bereich*
42 *Gesundheit und Pflege bestmöglich versorgt sind: Patient*innen, Beschäftigte sowie*
43 *Menschen mit Pflegebedarf und ihre Angehörigen.“*

44 Quelle: <https://www.die-linke.de/themen/pflege-und-gesundheit/>

45 **Damit diese programmatischen Aussagen in Bremen glaubwürdig bleiben und nicht zur**
46 **floskelhaften Farce herab gewürdigt werden,** lehnen wir die geplante Zerschlagung
47 und Filetierung des städtischen Klinikverbunds GeNo ab. Schluss mit der weiteren
48 Ausblutung des Gesundheitswesens in Bremen. Stattdessen: Stärkung der städtischen
49 Infrastruktur und Ausbau der öffentlichen Gesundheitsvorsorge. Stellen wir uns auf
50 die Seite der Beschäftigten und der Betriebsräte gegen strukturelle
51 Unterfinanzierung und neoliberale Sparpolitik im Bremer Gesundheitswesen.

Begründung

.

Antrag A-07: Für (soziale) Sicherheit statt Repression

Antragsteller/in:	Dmitri Zelenin (KV Links derWeser · Nr. 471), Jens Hurling (KV Links derWeser · Nr. 453), Sofia Heuser (KV Nord-West · Nr. 206)
Status:	eingereicht

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Der Landesparteitag nimmt die jüngsten Pläne des Senators für Inneres zur
2 Einschränkung der Versammlungsfreiheit sehr ernst und verurteilt sie deutlich.
3 Darüber hinaus fordert der Landesparteitag die Fraktion und den Landesvorstand auf,
4 die Entwicklungen genau zu beobachten und aktiv Maßnahmen zu ergreifen, um solche
5 Einschränkungen zu verhindern.

6

7 Von Arbeitskämpfen über die Klimabewegung bis hin zu antifaschistischer Praxis:
8 Formen, spontanen, unangemeldeten und unbequemen Protests gehören zum
9 Standardrepertoire zivilgesellschaftlicher Interventionen. Das SPD-geführte
10 Innenressort nimmt die wenigen Aktionen der "Letzten Generation" in Bremen als
11 Vorwand, um massive Eingriffe in die Demonstrationsfreiheit zu diskutieren. So
12 könnten die Kosten von Polizeieinsätzen zukünftig den Teilnehmenden einer
13 unangemeldeten Versammlung aufgezwungen werden, wenn der "Anlass nicht im
14 öffentlichen Interesse liegt". Das öffnet Tür und Tor für noch mehr willkürliche
15 Repression. Vertreter:innen einer solchen Law-and-Order Politik feiern diese
16 Entwicklung.

17

18 Dieser Vorstoß reiht sich ein in bundesweite Bestrebungen bürgerlicher Parteien,
19 die Klimabewegung zu delegitimieren und zu dämonisieren und repressive
20 Verschärfungen zu rechtfertigen. Das Kalkül, Wähler:innen rechter Parteien wieder
21 für sich zu gewinnen, schlägt fehl. Es bewirkt das ganze Gegenteil: Eine
22 sicherheitspolitische Diskursverschiebung nach Rechts, die sich am Ende auch in der
23 bereits zahlreich dokumentierten Gewalt gegenüber Klimaktivist:innen niederschlägt.

24

25 Unerwartet oder neu ist die Stoßrichtung des Innenressorts nicht. Bereits in der
26 vergangenen Legislatur und auch im Wahlkampf war das Getöse für eine repressive
27 "Sicherheits"politik unerträglich laut, die sich in Forderungen nach Verdrängung
28 von Obdachlosen und Drogenabhängigen, mehr Abschiebungen, der Hochrüstung von
29 Sicherheitskräften und vielem mehr niederschlugen. Eine Politik, die weder reale
30 Sicherheit schafft noch die Ursachen real existierender sozialer Probleme
31 adressiert, sondern diese nur noch verschlimmert.

32

33 Der Vorstoß des Innenressorts, auch wenn er scheitert, wird nicht der einzige

34 dieser Art bleiben. Und er war auch nicht der Erste. 2021 war durch eine Antwort
35 des Bremer Senats auf eine Kleine Anfrage der LINKEN bekannt geworden, dass das
36 Bremer Ordnungsamt regelmäßig personenbezogene Daten von Menschen, die
37 Versammlungen anmelden, an den Verfassungsschutz weitergibt. Als LINKE, außerhalb
38 und innerhalb der Bürgerschaft, müssen wir ein solches Verständnis von
39 Sicherheitspolitik verurteilen und blockieren, und für eine Politik streiten, die
40 eine echte Sicherheit für die Menschen bringt.

41

42 Ein weiteres, aktuelles Beispiel für die repressive Politik des Innenressorts ist
43 Mäurers Einsetzen für schärfere Abschieberegungen: Zukünftig sollen Menschen bis
44 zu 28 Tage, statt bisher 10, in Abschiebehaft genommen werden dürfen, und
45 Innensenator Mäurer begrüßt diesen Vorstoß. Wir verurteilen das Bestehen der
46 Abschiebehaft, sie ist eine unverhältnismäßige Einschränkung der Freiheitsrechte
47 des Einzelnen und gilt abgeschafft statt verlängert.

48

49 Wir als DIE LINKE. Bremen setzen uns dafür ein, dass die Bremer Innenpolitik
50 besonders für vulnerable Gruppen da ist. Das bedeutet, dass Wohnungslose geschützt
51 werden, Geflüchtete in Sicherheit sind und Aktivist*innen und ihr Recht auf
52 Versammlungsfreiheit nicht unterdrückt werden.

Begründung

.

Antrag A-08: Vier- statt dreigleisiger Ausbau der Bahnstrecke Bremen-Burg – Verden

Antragsteller/in:	Tom Hundack (Linksjugend · Nr. 553)
Status:	eingereicht

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Fraktion der Linken in der Bremischen Bürgerschaft wird vom Landesparteitag
- 2 aufgefordert, sich in der Bürgerschaft für einen viergleisigen, statt
- 3 dreigleisigen, Ausbau der Bahnstrecke zwischen Bremen-Burg und Verden einzusetzen.
- 4 So soll ein durchgängiges zweigleisiges Paar mit kreuzungsfreien Ein- und
- 5 Ausfädelungen für die Regio-S-Bahn entstehen, damit der langsamere und überall
- 6 haltende Verkehr von dem schnelleren Regional-, Güter- und Fernverkehr getrennt
- 7 wird.

Begründung

Im Rahmen des Bahnprojektes Hamburg/Bremen-Hannover laufen für den Abschnitt Langwedel – Bremen-Sebaldsbrück, sowie Bremen Rangierbahnhof – Bremen-Burg Vorplanungen für einen dreigleisigen Ausbau dieser Strecken, wie sie auch im Bundesverkehrswegeplan vorgesehen sind. Dieser dreigleisige Ausbau lässt jedoch keine signifikanten Angebotsverbesserungen zu und zementiert den Status Quo mit leichten Verbesserungen auf Jahrzehnte. Damit die Verkehrswende gelingen kann und deutlich mehr Menschen motiviert werden die Schiene zu nutzen, muss der Takt deutlich erhöht werden. Dies ist bei der Regio-S-Bahn, als auch beim übrigen Regionalverkehr nur mit einem viergleisigen Ausbau möglich.

Ein durchgehendes Gleispaar für die Regio-S-Bahn, wie es in anderen vergleichbaren Städten üblich ist, sorgt für eine höhere Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit und erlaubt es den Takt u.a. in Richtung Bremen-Nord und Verden deutlich zu erhöhen. Zudem ist der Neubau von weiteren Haltepunkten, z.B. Föhrenstraße, Arbergen, etc., nur bei einer viergleisigen Ausbauvariante problemlos und ohne Kapazitätseinschränkungen für den übrigen Verkehr umsetzbar.

Antrag O-01: Teilnahme aller gewählten Delegierten am LPT ermöglichen, Lösungen hierzu erarbeiten.

Antragsteller/in:	Britta Littke-Skiera (KV Nord-West · Nr. 210), Thorsten Schildt (KV Nord-West · Nr. 212)
Status:	eingereicht

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesvorstand wird dazu aufgefordert, Lösungen zu finden, die die Teilnahme
- 2 aller gewählten Delegierten an den Versammlungen des Landesparteitages ermöglichen
- 3 und keine/n ausschließen.

Begründung

Während es für einen Teil der gewählten Delegierten kein Problem ist, an den Versammlungen des jeweiligen Landesparteitages teilzunehmen, stellt die Teilnahme für andere eine hohe oder gar unüberwindbare Hürde dar.

Dabei kann es sich bei rein online stattfindenden Sitzungen um eine mangelnde technische Ausstattung oder um eine mangelnde Routine im Umgang mit Hard- und Software sein.

Das können aber auch bei in Präsenz stattfindenden Landesparteitagen zeitliche, familiäre oder gesundheitliche Hindernisse sein. Der Weg mit dem ÖPNV dauert unter Umständen sehr lange. Die kleinen Kinder wollen vielleicht nicht unter Zeitdruck mitgehen und rebellieren. Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen sind vielleicht nicht in der Lage, den Weg zu bewältigen oder vor Ort teilzunehmen.

Alle Parteimitglieder müssen die Gelegenheit bekommen, an den Parteiversammlungen in vollem Umfang teilzunehmen und dürfen nicht von der aktiven Teilnahme abgehalten werden. Das beinhaltet auch die Teilnahme an den Wahlen, Abstimmungen etc. Können nicht alle Delegierten vollumfänglich teilnehmen, wird nicht das gesamte Spektrum der Partei abgebildet und gewählte Delegierte werden an der Ausübung ihres Mandats gehindert. Dies entspricht nicht den demokratischen Prinzipien der Partei. Deshalb sind insbesondere Landesparteitage als das höchste Gremium der Partei parallel online und vor Ort, also in hybrider Form, abzuhalten.

Antrag O-02: Beschluss 2022/241 des Bundesvorstands vom 16. Januar 2022 umsetzen

Antragsteller/in:	Anke Jungclaus (KV Links derWeser · Nr. 408), Wilfried Schartenberg (KV Links derWeser · Nr. 456), Olaf Zimmer (KV Links derWeser · Nr. 458), Margit Hebeda (KV Links der Weser · Nr. 707), Wolfgang Hellborn (KV Links der Weser · Nr. 706), Bettina Fenzel (KV Links derWeser · Nr. 401), Karl Brönnle (KV Nord-West · Nr. 271), Andrea Spangenberg (KV Links derWeser · Nr. 405)
Status:	eingereicht

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 den Landesvorstand aufzufordern, den Beschluss 2022/241 des Bundesvorstands vom 16.
- 2 Januar 2022 umzusetzen, nämlich eine Diskussion zur Mandatszeitbegrenzung in allen
- 3 Gliederungen der Partei zu führen, um zu einem mehrheitsfähigen Vorschlag für eine
- 4 Satzungsänderung zu kommen. (1) Zu diesem Zweck sind in Bremen zeitnah
- 5 Diskussionsforen auf Kreis- und Landesebenen einzurichten.

Begründung

Die Chancen, aber auch Gefahren einer parlamentarischen Teilhabe werden von sozialistischen Parteien seit Anbeginn diskutiert. Ein wichtiger Aspekt ist dabei das nachvollziehbare Interesse von gewählten Mandatsträger*innen, ihre finanziell, vom Status und den Wirkungsmöglichkeiten her attraktive Situation möglichst lange beizubehalten. Die Sicherung der eigenen Position und das Zurückdrängen von Konkurrenz bestimmen spätestens vor einer Wahl einen Großteil von politischer Tätigkeit. Diese beharrenden Momente schlagen sich auch im politischen Denken nieder. Nicht nur das eigene Ausscheiden aus dem parlamentarischen Betrieb wird abgewehrt sondern auch jede politische Aktivität, die die eigene privilegierte Situation gefährden könnte.

Dies ist nicht im Interesse einer Partei, die weiß, dass entscheidende gesellschaftliche Veränderungen nicht in Parlamenten, sondern auf der Straße ihren Ausgang nehmen. Eine solche Partei kann kein Interesse an Mandatsträger*innen haben, denen die eigene Existenz als Berufspolitiker*in zielsetzend ist. Mandate, die derzeit über unbestimmt viele Legislaturen ausgeübt werden können, sollten daher begrenzt werden. Lasst uns Möglichkeiten diskutieren, dies umzusetzen.

Bremen, den 14.9.2023

(1) Link zum Diskussionspapier des Parteivorstands zur

Mandatszeitbegrenzung:

<https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteivorstand/parteivorstand-2021-2022/detail/diskussionspapier-des-parteivorstands-die-linke-zur-mandatszeitbegrenzung/>

Antrag O-03: DIE LINKE. Hilft! in Bremen etablieren

Antragsteller/in:	Matthis Langfeldt (KV Links der Weser · Nr. 710)
Status:	eingereicht

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesvorstand setzt sich mit der Gestaltung und Umsetzung von „DIE LINKE
- 2 hilft“-Angeboten auseinander. Diese Angebote sollen beinhalten:
- 3
- 4 • Offene Sozialberatung zu Themen wie Bürgergeld, Wohngeld, Kinderzuschlag,
- 5 Miete
- 6 • Begleitung zu Ämtern
- 7 • Frühstücksangebot für Erwerbslose, Grillabende u. Ä.
- 8
- 9 Auf Grundlage des Handbuchs „DIE LINKE. Hilft!“ und in engem Austausch mit dem
- 10 Landesverband Hamburg soll zeitnah auch in Bremen mindestens ein regelmäßiges
- 11 Angebot geschaffen werden, was von Betroffenen kostenfrei und so niederschwellig
- 12 wie möglich aufgesucht werden kann. Ein konkretes Konzept für Bremen wird
- 13 schnellstmöglich ausgearbeitet.
- 14 Dazu zählt sowohl die Prüfung der Finanzierung (Flyer, Plakate,
- 15 Beratungsmaterialien, Schulungen) als auch die Suche nach Personen, die Angebote
- 16 umsetzen und begleiten. Umfasst sind außerdem Bekanntmachung und die Bewerbung des
- 17 Angebots.

Begründung

Die Aktuelle Wirtschaftskrise, ausgelöst durch Pandemie, Krieg und eine desaströse Sozialpolitik der Bundesregierung, trifft vor allem das untere Drittel enorm hart. Menschen die ohnehin wenig verdienen und/oder auf Sozialleistungen angewiesen sind, sind gezwungen auf noch mehr zu verzichten als vorher schon und müssen jeden Cent dreimal umdrehen, um durch den Monat zu kommen. Diesem Negativtrend gilt es gemeinsam als Partei DIE LINKE entgegenzutreten.

Durch die Sozialberatung sollen die Beratenen kurzfristig finanziell entlastet werden, indem zusätzliche Ansprüche gemeinsam mit ihnen ermittelt und beantragt werden. Darüber hinaus sollen durch gemeinsame Aktionen wie Frühstücke oder Grillabendende Gelegenheiten zum gegenseitigen Austausch geschaffen werden und somit der Grundstein von der Wahrnehmung individueller Rechte zum Aufbau einer Kollektivstruktur gelegt werden, die politische Forderungen stellt.

Zusätzlich zu der Wirtschaftskrise, befinden wir uns in einer Demokratie- sowie einer innerparteilichen Krise. Das vorherrschende öffentliche Bild ist das einer Partei, die sich, vor

allem auf Bundesebene, durch innerparteiliche Grabenkämpfe und wenig effektive Oppositionsarbeit auszeichnet. Das Projekt wie DIE LINKE Hilft! soll dabei helfen, dass vor allem Politikverdrossene und von der Politik vergessene Vertrauen in die Partei (zurück)gewinnen und an demokratischen Prozessen Teilhaben können (Petitionen, Demonstrationen etc). Nach dem Vorbild der Kommunistischen Partei Österreichs und der Partei der Arbeit Belgien soll so, in Zusammenarbeit mit den Beratenen und (zukünftigen) Wähler:innen, eine politische Gegenmacht von unten aufgebaut werden, welche den Willen der Bürger:innen direkter in die Parlamente trägt.

Antrag O-04: Aufwandentschädigung für Landessprecher*innen

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die zeitlichen und inhaltlichen Anforderungen, denen die Landessprecher*innen der
- 2 LINKEN Bremen ausgesetzt sind, sind insbesondere während einer
- 3 Regierungsbeteiligung für Menschen, die nicht hauptamtlich im Politikbetrieb
- 4 beschäftigt sind, kaum leistbar.
- 5 Für diesen vermehrten Aufwand soll es die Möglichkeit geben, ab der nächsten
- 6 Amtszeit des Landesvorstand, den Landessprecher*innen einen Teil dieses
- 7 Mehraufwandes in Geld zu entschädigen, sofern
- 8
- 9 • eine*e Landessprecher*in nicht mindestens halbtags Mandatsträger*in der
- 10 Bundes- oder Landesebene ist,
- 11 • ein*e Landessprecher*in das in Anspruch nehmen will (es gibt keinen Zwang, das
- 12 in Anspruch zu nehmen) und
- 13 • die entsprechenden Mittel im Haushaltsplan bestätigt sind.
- 14
- 15 In jedem einzelnen Fall bedürfen das Ob und die Höhe der Entschädigung die
- 16 Behandlung und den Beschluss des Landesvorstandes und es muss sichergestellt sein,
- 17 dass durch die Zahlung kein Beschäftigungsverhältnis mit der Partei begründet wird.

Begründung

Die Erwartungen, die wir an unsere Landessprecher*innen richten, sind schon länger nicht mehr mit einer Vollzeitbeschäftigung außerhalb des Politikbetriebs zu vereinbaren. Das gilt insbesondere während einer Regierungsbeteiligung. Um diesem Ausmaß an Verantwortung und Zeiteinsatz Rechnung zu tragen, wollen wir zukünftig eine Aufwandentschädigung anbieten, die zumindest einen Teil dessen kompensiert, was der notwendige Einsatz in diesem Amt ist.

Die Höhe ist im Finanzplan darzustellen, um Transparenz gegenüber der Partei zu wahren.

Auszug aus der Bundessatzung:

§33 Ausübung von Parteiämtern und Delegiertenmandaten

(1) Parteiämter und Delegiertenmandate werden in der Regel ehrenamtlich ausgeübt.

(2) Die hauptamtliche Ausübung eines Parteiamtes und die Höhe der Vergütung bedürfen eines Beschlusses des Parteivorstandes bzw. des zuständigen Landesvorstandes. Der Beschluss bedarf

der Bestätigung durch den Bundesausschuss bzw. durch den zuständigen Landesausschuss/
Landesrat.